

Protest

gegen

- eine Schule

Demokratie

Atomkraftwerke

der



Mit den Anfängen in Breisach und Wyhl entwickelte sich der Kampf gegen Atomkraftwerke zu einem Kampf für sinnvolle Bürgerbeteiligung in der westdeutschen Gesellschaft. Viele, die an den Protesten teilnahmen, waren zuvor nicht politisch aktiv gewesen. Ihre Wandlung in aktive Bürger ist einer der wichtigsten, wenn auch weniger erforschten Aspekte des Widerstands gegen die Kernkraft in Deutschland. Durch die Mobilisierung gegen einen intransparenten Planungsprozess, die Entwicklung von Gegenexpertise, die Überbrückung sozialer Spaltungen und den Aufbau von Innovationsnetzwerken kann die Bewegung gegen die Wyhler Anlage mit Recht als eine „Schule der Demokratie“ angesehen werden. Nicht jeder nachfolgende Anti-Atomkraftprotest erzeugte den positiven Geist der Ereignisse in Wyhl. Dennoch halfen die Erkenntnisse, die man in Wyhl gewonnen hatte, eine fortlaufende gesellschaftliche Diskussion über Energiefragen und wirtschaftliches Wachstum in Westdeutschland und später im vereinigten Deutschland zu fördern, und sie legten die Grundlage für eine basisorientierte Energiewende in den frühen 2000er Jahren.¹

In den frühen 1970er Jahren erfuhren die Anwohner vom Plan der baden-württembergischen Landesregierung eines industriellen Ausbaus der Oberrheinregion zwischen der Schweizer Grenze und Mannheim. Die französische und die Schweizer Regierung hatten diese Gegend auch für Chemie- und Energieanlagen ausgewählt, allerdings nicht in Zusammenarbeit mit ihren deutschen Nachbarn. Wären die Pläne aller drei Länder durchgeführt worden, ständen auf der 145 km langen Strecke von Gösgen (Schweiz) bis Wyhl (Deutschland) nicht weniger als acht Atomkraftwerksanlagen mit einer Gesamtzahl von bis zu 17 Reaktoren. Die Zeitung „Die Welt“ nannte dies „die gewaltigste Energieballung auf der Erde.“² Die Bewohner begannen Widerstand gegen die Pläne zu mobilisieren.

Protestgruppen auf allen Seiten der Grenze formierten sich als „Bürgerinitiativen“. Diese waren in Deutschland in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren entstanden, meist als Selbsthilfegruppen, um kommunale Dienste wie Kinderbetreuung bereitzustellen. Im Laufe der 1970er Jahre wandten sie sich vermehrt dem Protest gegen große, staatlich finanzierte Industrieprojekte wie z.B. gegen Elektrizitätswerke zu. Der regionale Charakter des Protestes im Oberrheintal ermutigte die Bürger vor Ort, über die Grenzen ihrer Stadt oder ihres Dorfes hinaus zu blicken und die Sicherheit und die Vorteile der Kernenergie im Allgemeinen in Frage zu stellen. Sie gründeten 1974 das Internationale Komitee der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen. Die neue Gruppe kritisierte die enge Beziehung zwischen der Landesregierung und dem Energieversorger Badenwerk. Spitzenpolitiker der Landesregierung, einschließlich des Wirtschaftsministers und des Ministerpräsidenten selbst, saßen im Aufsichtsrat des Energiebetriebs, dessen Bauantrag sie beurteilten.³ Nach einem umstrittenen, aber erfolgreichen Volksentscheid über den Verkauf des Baulands begann der Energieversorger, den Wyhler Bauplatz zu roden. Mehrere hundert Demonstranten versuchten, das Grundstück zu besetzen, und bei ihrem zweiten Versuch gelang es ihnen, dort ein Lager zu errichten.

Der Energieprotest in der Gegend um Wyhl sowie in ganz Westdeutschland war ein-

gebunden in eine größere Reihe von Bürgerbewegungen, die sich mit Lebensqualität und Kritik an der Wirtschaftswachstumsmentalität von Regierung und Industrie beschäftigten. Diese Bewegungen schlossen Frauenrechtler, Bürgerrechtler, Kriegsgegner, Studenten und Arbeitergruppen sowie die Friedensbewegung mit ein, die in den 1960er Jahren entstanden waren. Kritische Bürger begannen nicht nur die Inhalte von Planungsentscheidungen der Regierung, sondern auch die Legitimität der intransparenten Form der Entscheidungsfindung, unter der diese zustande kamen, in Frage zu stellen. Dieter Rucht erklärt, dass auch Bürgerinitiativen, die sich ursprünglich aus anderen Gründen gebildet hatten, nun begannen, gegen die Kernenergie zu mobilisieren:



**01 – Bürger gegen Großprojekte
(Januar 1975)**

„Neben der Sorge um die menschliche Gesundheit, um die Sicherung gegebener Existenzbedingungen und den Schutz der Natur trat die Kritik an einer als undemokratisch empfundenen Planung, der ‚Schock‘ durch die verspätete Veröffentlichung von Projektvorhaben und die Angst vor gravierenden politischen Fehlentscheidungen.“⁴

Kernenergie wurde zum Symbol für einen befangenen politischen Prozess, der die Großindustrie auf Kosten der einfachen Bürger begünstigte. Die Demonstranten prangerten die hinter den Kulissen stattfindende Zusammenarbeit zwischen Regierung und Industrie bei politischen Entscheidungen an. Es sei kein

Wunder, meinten sie, dass solche Entscheidungen oft nicht mit allgemeinen Werten vereinbar waren. Die Demonstranten kritisierten auch die etablierten politischen Parteien, die es aus ihrer Sicht versäumt hatten, den bürokratischen Entscheidungsträgern neue Impulse aus der Bürgerschaft zu vermitteln. Stattdessen schien ihre Rolle hauptsächlich darin zu bestehen, die Entscheidungen von Ministerialbeamten und Vertretern der Industrie abzusegen. Indem sie die Wachstumsmentalität der deutschen Regierung und ihre Absprache mit der Industrie in Frage stellten, entfachten die Atomkraftgegner eine nationale Debatte sowohl über die weiteren Ziele der Industriegesellschaft als auch über die Rolle des Bürgers beim Aufstellen solcher Ziele.



Verwaltungsgerichtsverfahren, bei denen das Schicksal der Wyhler Anlage und anderer Projekte endgültig zur Entscheidung anstanden, waren eine rein technische Angelegenheit. Sie hatten nicht das Ziel, frischen Wind in die allgemeine Richtung des bundesdeutschen Energieprogramms zu bringen oder sich mit der Wachstumsmentalität von Industrie und Regierung anzulegen. In den Verfahren ging es darum zu zeigen, dass die Anlage in der vorgeschlagenen Form nicht genehmigungsfähig war. Als Laien waren die Bürger innerhalb dieser Argumentationslinie deutlich im Nachteil. Auf dem besetzten Wyhler Grundstück beantworteten kritische Fachleute, die sich des Falls angenommen hatten, Fragen der Bewohner und machten sie mit der Terminologie der Debatte vertraut. Trotzdem hinterließ die Missachtung, mit der die Behörden ihre Argumente behandelten, einen tiefen Eindruck bei vielen Teilnehmern. 27 wissenschaftlich ausgebildete Personen, die am Wyhler Widerstand teilgenommen hatten, entschlossen sich, dem etwas entgegenzusetzen, indem sie im November 1977 das Institut für angewandte Ökologie (Öko-Institut) in Freiburg gründeten. Ihre Gründungserklärung bezog sich direkt auf die Erfahrungen in Wyhl. Die Gerichte hatten ihnen einen Einstieg ermöglicht, aber der Genehmigungsprozess der Verwaltung war ebenfalls problematisch:

„In Gerichtsverfahren und Anhörungen trifft der kritische Bürger auf eine Phalanx der Experten, die Verwaltung und Industrie beraten [...] Nur wenige Wissenschaftler sind bislang bereit, Bürger zu unterstützen. Langfristig wird es Bürgerinitiativen aber nur gelingen, ihre Forderungen in Planungen und vor Gerichten durchzusetzen, wenn sie selbst die nötige wissenschaftliche Begründung liefern.“⁶

Eine wichtige Lektion, die man in Wyhl gelernt hatte, war die Tatsache, dass juristische und technische Gutachten in diesen Konflikten wesentlich sind. Die Anti-Atomkraft-Bewegung hatte erkannt, dass die vorherrschende wissenschaftliche Meinung sich auf die Seite der Versorgungsbetriebe schlug und dass Wissenschaftler der Hauptrichtung stark abhängig

von der Industrie waren, deren Pläne sie zu begutachten hatten. Von Anfang an bestand ein Teil der Aufgaben des Instituts darin, das, was die Gründer „Gegenexpertise“ nannten, weiterzuentwickeln. Sie widmeten sich explizit der Neubewertung wissenschaftlicher Belege und Beurteilungen, die umfassend als Wahrheiten dargestellt worden waren. Somit verschafften sie den kritischen Wissenschaftlern eine Stimme, die das Institut zunächst meist auf ehrenamtlicher Basis berieten. Es hatte für Experten, die die Begeisterung der Regierungs- und Industrieeliten für nukleare oder fossile Energien nicht teilten, keinen wirklichen Platz an Universitäten oder etablierten Forschungseinrichtungen gegeben; ihre Beiträge wurden meist als linksradikal abgewiesen. Das frühere Vorstandsmitglied des Öko-Instituts Rainer Grießhammer sagt, dass am Anfang Informationen in anonymen Umschlägen unter der Tür durchgeschoben worden seien, weil die Leute sich fürchteten, sie offen zu unterstützen.⁶

Anfänglich hatten die Gegner der Atomkraftwerke Erfolge an den Verwaltungsgerichten zu verzeichnen. Ihre technischen Standpunkte wurden gelegentlich bestätigt. Im Fall von Wyhl widersprach das Verwaltungsgericht Freiburg der Baugenehmigung, im Wesentlichen wegen Sicherheitsgesichtspunkten beim Aufbau einer Gefahrenabwehr für den Explosionsfall. Die Herausforderung der Atomkraftgegner, politisch Einfluss zu nehmen, war jedoch nicht rein technischer Art. Die Bürgerinitiativen versuchten im Allgemeinen zu argumentieren, dass diese Entscheidungen grundlegend politisch und nicht technisch seien, und sie sollten somit von der ganzen Gesellschaft getroffen werden. Zusätzlich zu den sich anhäufenden Gegengutachten wollte das Öko-Institut neue Ideen für die Zukunft der Energie in Westdeutschland in die politische Diskussion einbringen, um eine umfassendere Debatte über die wirtschaftliche und energiepolitische Zukunft des Landes anzustoßen. Die Autoren brachen ebenso mit Konventionen und anstatt von einem ständig wachsenden Energiebedarf auszugehen, schlugen sie einen gleichbleibenden Bedarf als ein bevorzugtes und technisch machbares Szenario vor. Die Bundesregierung lernte diesen Gesichtspunkt kennen, als Öko-Institutsprecher Günter Altner in eine parlamentarische Enquete-Kommission „Zukünftige

02 – „Freundschaft's Hüs“ auf dem besetzten Bauplatz in Wyhl (um 1975)



Kernenergiepolitik“ berufen wurde. Ihr Bericht aus dem Jahr 1983 gab die Studie des Öko-Instituts als eines der möglichen Szenarien für die Entwicklung der Energieversorgung und des Energieverbrauchs wieder.⁷ Die Einbeziehung von technischen Experten, denen man in der breiten Öko-Szene vertraute, trug auch dazu bei, die alternative Presse, deren Vorreiter die „taz“ war, zu stärken.⁸

Überbrückung sozialer Spaltungen

Die Demonstranten besetzten den Wyhler Bauplatz fast ein Jahr lang. Der Widerstand stand auf einer breiten Basis. Die vielen Aktivitäten auf dem Platz verschafften Leuten, die normalerweise wenig Kontakt miteinander gehabt hätten, die Möglichkeit, sich untereinander zu vernetzen. Frauen aus den umliegenden Dörfern, von denen einige nie zuvor politisch aktiv gewesen waren, übernahmen Führungsrollen und versorgten jene, die dort lagerten. Die örtlichen Geistlichen, besonders der evangelische Pfarrer Günter Richter, ermutigten

ihre Gemeindemitglieder, das Grundstück zu besuchen, und halfen bei Verhandlungen mit der Polizei und den Staatsbeamten, damit der Widerstand friedlich blieb. Die frühen Anführer auf dem Platz waren hauptsächlich Chemiestudenten der Freiburger Universität. Sie schlossen sich mehreren aktiven und emeritierten naturwissenschaftlichen Professoren an, die in Frage stellten, dass der Einsatz von Kernenergie zur Erzeugung von Strom angemessen sei.⁹ Es gab eine verbreitete Haltung unter den Demonstranten, dass es nicht ausreichte, gegen Kernenergie zu sein; sie wollten sowohl ihre Einwände begründen als auch überzeugende Alternativen anbieten. Das erforderte auch eine Methode, um die Leute auf dem Platz zu halten, damit sie die Behörden davon abbringen konnten, ihn wieder einzunehmen. Beide Ziele wurden durch die Gründung der „Volkshochschule Wyhler Wald“ im März 1975 in einem improvisierten „Freundschaftshaus“ auf dem Bauplatz erreicht. Die Idee einer Volkshochschule wurde von der früheren Platzbesetzung in Marcoltsheim in Frankreich übernommen.

Zusätzlich zu der eher technischen Diskussion organisierte die Volkshochschule auch

Darbietungen über lokale Bräuche, das Handwerk, die Pflanzen- und Tierwelt und sogar über Reisen. Während die baden-württembergische Landesregierung die Demonstranten als Linksradikale denunzierte, wurde die Bewegung in Wirklichkeit von technischen Fachleuten unterstützt und war eingebunden in die traditionelle Kultur der Region. Linksorientierte Studenten standen Seite an Seite mit konservativen ortsansässigen Winzern und Bauern. Die Volkshochschule war ein Weg, um der Bewegung ihre breite Basis zu erhalten. Ihr Programm, das zunächst fast jeden Tag stattfand, wurde von einer lebendigen Menge auf dem Platz während der Abendstunden verfolgt. Die Volkshochschule war auch eine Möglichkeit, um zu informieren und die Kernkraftgegner in einer Zeit, in der nahezu kein kritischer Dialog weder mit der Regierung noch mit der Industrie stattfand, mit Wissen und Widerstandskraft auszustatten. Nach dem Ende der Platzbesetzung setzte die Volkshochschule ihre Arbeit acht Jahre lang mit informativen Veranstaltungen fort, bei denen sie Wissenschaftler mit ansässigen Bauern zusammenbrachte und diese Veranstaltungen auch in den umliegenden Gemeinden anbot.¹⁰

Netzwerkarbeit für eine basisorientierte Energiewende

Der ehemalige Wyhl-Aktivist Georg Löser sagt: „Jede wegweisende Aktivität hier geht auf Wyhl zurück.“¹¹ Einige der Teilnehmer an der Besetzung in Wyhl experimentierten auf dem Platz mit selbstgebaute Sonnenkollektoren und anderen alternativen Technologien. Zusammen mit Mitgliedern der kurz zuvor gegründeten Umweltorganisation BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) gelang es einigen Aktivisten der badisch-elsässischen Gruppe, in Sasbach bei Wyhl im Sommer 1976 etwas auf die Beine zu stellen, das vielleicht eine der ersten Ausstellungen der Welt für Solarenergietechnik war. Für heutige Verhältnisse waren die Sasbacher Sonnentage sehr klein, mit nur zwölf Ausstellern. Aber die Verbindung von technischer Ausstellung und Volksfest zog mehr als 12.000 Besucher an.¹² Viele, die ihre Abneigung gegen die geplante Anlage in Wyhl äußern wollten, tauchten in Sasbach auf. Am wichtigsten war jedoch, dass die Sonnentage ein Schaufenster für die örtlichen Innovationen waren.

Es war kein Zufall, dass die erneuerbaren Energien klein anfangen und unter ökologiebewussten Bürgern überall in Deutschland Anklang fanden. Rüdiger Mautz erklärt, dass Ökologie- und alternative Bewegungen auf einer dezentralen, umweltfreundlichen Industrie und auf einer teilhabenden Entscheidungsfindung bestanden, was für sie zusammengehörte.¹³ Nachhaltige Herstellung, die erneuerbare Ressourcen benutzt, war schon immer ein Schwerpunkt der Bewegungen; kleine Solaranlagen passten gut zu der neuen Umwelt-Denkweise, und Experimente mit erneuerbaren Energien wurden ein Teil der allgemeinen Versuche der Bewegung, das umzusetzen, was sie vor Ort verkündeten. Auf diese Weise wurden basisorientierte Gruppen zum Dreh- und Angelpunkt zur Einführung alternativer Technologien in die Gesellschaft, bevor es dafür eine Basis in der Bundespolitik gab.

Der Widerstand gegen Kernenergie regte ebenfalls neue Formen politischen Engagements an. Zusätzlich zu den Bürgerinitiativen war der BUND eine neue Organisationsform, die politische Mobilisierung mit Naturschutz verband. Der basisorientierte Aktivismus rund um Energieprojekte trug auch zur Gründung von grünen und alternativen Wahllisten überall in Deutschland bei und führte allmählich zum Aufstieg der Grünen auf Bundesebene im Jahr 1980. Die ursprünglichen Mitglieder verstanden die Grünen nicht als eine klassische politische Partei, sondern als den parlamentarischen Arm der Bürgerinitiativbewegung.¹⁴ Nach ihrem Einzug in den Bundestag zögerten die Grünen nicht, die Sorgen und Befindlichkeiten der Bürgerinitiativen in Bezug auf die Energieversorgung und die Bürgerbeteiligung auf Bundesebene zur Diskussion zu bringen. Auf diese Weise erzwangen sie eine nationale Debatte über die Ziele der Energieerzeugung und die Entwicklungsrichtung der deutschen Gesellschaft.

SONNENTAGE

am Kaiserstuhl

in Sasbach

27 Do Himmelfahrt

28 Fr

29 Sa
30 So **Mai**

Ort: bei der Obsthalle

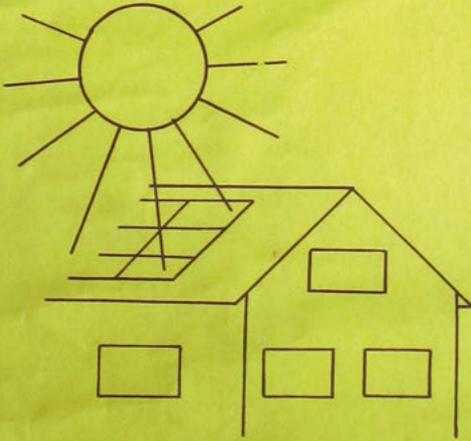
Zeit: ganztägig

DIE SONNE ALS ENERGIEQUELLE

Vorführung erprobter Systeme von internationalen Firmen

Ausstellung von Sonnenkollektoren für Hausdächer, Fassaden und Schwimmbäder;
Zubehörmaterialien und Isolierstoffe für Wärme- und Kälteämmung; Informations-
material
täglich Führungen 10 - 18 Uhr

RAHMENPROGRAMM FÜR DIE GANZE FAMILIE:



Flohmarkt Do. 27. Mai, So. 30. Mai 1976
jeweils ab 14 Uhr

Alemannisches Sänger- u. Dichtertreffen
Do. 27. Mai ab 17 Uhr (mit A. Weckmann,
R. Siffer, der Gruppe "Geranium" u.a.)

Podiumsgespräch über die wirtschaftliche
Nutzung der Sonnenenergie Sa. 29. Mai
20 Uhr Gasthaus z. Limburg/Sasbach

Aufführung des Babbedeckel Theaters aus
Straßburg So. 30. Mai, 16 Uhr
volkstümliches Stück in alemannischer
Mundart

Spiele für Kinder Do. 27. und So. 30. Mai
Ponyreiten, Tauziehen, Wurfspiele

Führungen in die Umgebung So. 30. Mai
ab 10 Uhr (historisch, naturkundlich und
geologisch)

GEMEINSCHAFTSVERANSTALTUNG

Gesellschaft für Umweltpädagogik und
Umweltforschung Baden-Württemberg e.V.

Aktion Umweltschutz Freiburg e.V.

Regionalverband Bürgerinitiativen
Umweltschutz Südl. Oberrhein e.V.

Bewirtung mit einheimischen Erzeugnissen
Do., Sa. und So.

Das Szenario von Wyhl ähnelte dem anderer Atomindustriestandorte. Regierung und Versorgungsbetriebe neigten dazu, ländliche, konservative Gegenden auszuwählen, wo sie vermuteten, dass die einheimische Bevölkerung wahrscheinlich wenige Einwände haben werde. Die Konflikte waren in anderen Orten nicht so friedlich wie in Wyhl, insbesondere nicht in Wackersdorf. In einer Hinsicht sind Wyhl und Wackersdorf zwei Seiten einer Medaille – die Ära des Widerstands gegen Kernenergie begann in Wyhl und sie erreichte ihren Höhepunkt in Wackersdorf. Wyhl bestimmte den Anfang des beabsichtigten Kernkraftausbaus in Westdeutschland. Die Niederlage der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf kennzeichnete das Ende des Versuchs der westdeutschen Regierung, eine dauerhafte heimische Atomindustrie aufzubauen.

Der Widerstand in Wyhl zog hauptsächlich regionale Teilnehmer an und dauerte relativ kurz. Wackersdorf zog Demonstranten aus allen Teilen der Bundesrepublik an und dauerte fast ein Jahrzehnt. Die Taktiken der Platzbesetzung und des gewaltfreien Widerstands, die Wyhl geholfen hatten, eine „Schule der Demokratie“ zu werden, waren an den nachfolgenden Standorten schwieriger zu erreichen. Die Gewalt bei Zwischenfällen zwischen der Polizei und Demonstranten in Brokdorf, Grohnde, Gorleben, Kalkar und Wackersdorf beeinträchtigte die Rechtfertigung der Anti-Atomkraft-Bewegung in den Augen einiger. Pfingsten 1986, kurz nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl, überfiel die Polizei eine Gruppe von Demonstranten außerhalb des eingezäunten Wackersdorfer Bauplatzes. Die Aktion wurde schnell gewalttätig; Bürger blockierten die Straßen, um zu verhindern, dass die Polizei die Demonstranten abtransportierte; die Polizei warf Tränengasgranaten aus Hubschraubern und schickte Tausende von Uniformierten in Kampfausrüstung auf die Zivilisten los. Von bis zu 50.000 Demonstrierenden wurden 400 verletzt und schreckliche, bürgerkriegsähnliche Gewaltszenen verbreiteten sich über das Fernsehen im In- und Ausland.¹⁵

Einige der Lektionen für die Demokratie waren in Wackersdorf dieselben wie in Wyhl.

Der Widerstand in Wackersdorf wurde auch als Kampf der einheimischen Bürger um demokratische Selbstbestimmung gegen einen verfilzten staatlich-industriellen Komplex geführt. Hier planten die bayerische Landesregierung und die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in einer wirtschaftlich schwachen Braunkohleegend nahe der tschechischen Grenze. Landrat Hans Schuierer war anfänglich ein Unterstützer der WAA, von der er hoffte, dass sie neue qualifizierte Arbeitsplätze in den Bezirk bringen würde. Seine Unterstützung verwandelte sich jedoch in Opposition durch Sicherheitsrisiken, von denen er behauptete, der Staat habe versucht, sie vor den örtlichen Behörden zu verheimlichen. Seine Weigerung, der Baugenehmigung zuzustimmen, machte ihn zur persönlichen Zielscheibe des legendären Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, der eine Kampagne der Schikane gegen Schuierer veranstaltete, indem er verschiedene Disziplinarmaßnahmen gegen ihn veranlasste und sogar so weit ging, die bayerische Verfassung zu ändern, um dem Land zu erlauben, einen Landrat in seiner Macht einzuschränken („Lex Schuierer“). Schuierer sagt, die Erfahrung hätte ihm gezeigt, über welche unglaubliche Position eines Machtmonopols die Energieindustrie verfügte, dass sie sich „mit den politisch Verantwortlichen in der Bundesregierung und in der Landesregierung zusammen geschlossen haben, um hier eigentlich einen ganzen Landstrich zu verändern.“¹⁶

Der Fall Wackersdorf zeigt auch, wie fortgeschritten die Entwicklung der Gegenexpertise der Bürger geworden war. In Wackersdorf brachten die Gegner der Anlage im Verlauf des Konflikts 881.000 Einsprüche bei Gericht ein und gewannen zweimal in Verfahren, die Teile der Baugenehmigungen für nichtig erklärten. Trotzdem war es schließlich die Aussicht auf ununterbrochene Mobilisierung der Bürger, die dazu führte, dass das Projekt scheiterte. Am Ende gaben die Betreiber zu, dass es „unmöglich sei, eine solche Sache durchzuziehen bei so großem und unendlichem Protest aus der Bevölkerung.“¹⁷ Die Geschichte fand schließlich im Mai 1989 ihr Ende, als die westdeutsche und die französische Regierung ein Abkommen über eine gemeinsame Wiederaufarbeitungs-



anlage im französischen La Hague unterzeichneten. Das Wackersdorfer Projekt wurde aufgegeben, nachdem viele Baumaßnahmen bereits ausgeführt worden waren.

Bei allen Ähnlichkeiten fehlte es diesem Fall und einigen anderen an dem Brückenschlag über soziale Spaltungen hinweg, was die Platzbesetzung in Wyhl zu einer solidaritätsbildenden Aufgabe gemacht hatte. Die WAA-Kontroverse spaltete Städte und Dörfer und sogar Familien jahrelang und hinterließ bleibende Risse im örtlichen sozialen Geflecht. Trotz aller Bitterkeit stimmen einige Beteiligte darin überein, dass deutsche Bürger durch den Anti-Atom-Protest wachsamer und aktiver in basisorientierter Politik geworden sind. Ein bleibendes Miss-

trauen gegen Behörden und der Wille, persönliche Verantwortung für Ergebnisse zu übernehmen, mögen sich als schlecht für traditionelle politische Organisationen wie politische Parteien erweisen, sie können aber gut für die Demokratie von unten sein. Der Widerstand gegen die Kernenergie als Speerspitze der Bürgerinitiativbewegung öffnete die Türen für neue Stimmen auf lokaler wie auch auf höherer Ebene der politisch handelnden Institutionen. Sie führten eine gewichtige, öffentliche Debatte über wirtschaftliches Wachstum und Energiepolitik in den Bundestag ein; und im gewissen Grad überwandene sie technokratisches Denken und förderten dezentrale, bürgerfreundliche Energielösungen.

Anmerkungen

1

Die Autorin dankt Regina Pruner-Fischer für die Mithilfe bei der Übersetzung sowie Frank Baum, Kurt Schmidt, und Erhard Schulz für die Fotos aus dem Wyhl-Protest.

2

Da geht es blind durcheinander, in: Der Spiegel (1975), Nr. 40, S. 102.

3

Hager, Carol: From NIMBY to Networks: Protest and Innovation in German Energy Politics, in: Hager, Carol u.a. (Hg.): NIMBY is Beautiful: Cases of Local Activism and Environmental Innovation Around the World, New York: Berghahn 2015, S. 33–59, hier: S. 37.

4

Rucht, Dieter: Von Wyhl nach Gorleben: Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung. München: C. H. Beck 1980, S. 86.

5

Öko-Institut: Erklärung zur Gründung des Instituts, Wiedenfelsen: Öko-Institut e.V. 05.11.1977.

6

Öko-Institut Freiburg, Interview mit Rainer Grießhammer, 03.06.2013.

7

Roose, Jochen: Made by Öko-Institut: Wissenschaft in einer bewegten Umwelt. Freiburg: Öko-Institut e.V. 2002, S. 19.

8

Was uns Prominente wünschen, in: Öko-Institut e.V. (Hg.): eco@work, Bd. 2 (2007), S. 6–19, hier: S. 6.

9

Innovation Academy Freiburg Interview mit Erhard Schulz, 09.11.2012.

10

Freiburger Institut für Umweltchemie e.V.: Interview mit Hans-Dieter Stürmer, 15.11.2012.

11

ECOTrinova e.V. Interview mit Georg Löser, 06.06.2013.

12

Mayer, Axel: Sasbach Sonnentage: Sonnenenergie, Windkraft und Energiesparen – bundesweit erste Ausstellung am Kaiserstuhl, 2009: <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/print.php?id=240>, Zugriff: 28.11.2022.

13

Mautz, Rüdiger: The Expansion of Renewable Energies in Germany between Niche Dynamics and System Integration – Opportunities and Restraints, in: Science, Technology And Innovation Studies, Bd. 3 (2007), Heft 2, S. 113–131, hier: S. 115.

14

Kleinert, Hubert: Aufstieg und Fall der Grünen: Analyse einer alternativen Partei, Bonn: Dietz 1992.

15

Stocker-Gietl, Isolde: Die Pfingstschlacht von Wackersdorf, in: Mittelbayerische Zeitung 17.05.2016, <https://www.mittelbayerische.de/region/schwandorf/gemeinden/wackersdorf/die-pfingstschlacht-von-wackersdorf-21492-art1065615.html>, Zugriff: 28.11.2022.

16

Schwandorfer Landrat, Interview mit Hans Schuierer, 25.03.1996.

17

Schwandorfer Stadtrat und Landtag, Interview mit Irene-Maria Sturm, 25.03.1996.

Abbildungen

01:
Bürger gegen Großprojekte, Januar 1975
Foto: Meinrad Schwörer,
Rechte: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen

02:
Freundschaft's Hüs auf dem besetzten
Bauplatz in Wuhl
Foto: Meinrad Schwörer,
Rechte: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen

03:
Sasbach Sonnentage 1976 Programm.
Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen.

04:
Plakat: 20 Jahre Widerstand gegen technologischen Wahnsinn. Eile ist oft der Anfang vom Ende: Wuhl grüßt Wackersdorf, um 1994/95
WLB Stuttgart / BfZ: PSLD8/18015